



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.587/1-V/6/86

An das  
Präsidium des Nationalrates

1017 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	29 -GE/9 86
Datum:	28. APR. 1986
Verteilt	28.4.86 Holtauf

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

Betrifft: Novelle zum Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz;  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Der Verfassungsdienst übermittelt 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem mit Note des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport vom 6. März 1986, GZ 12.661/6-III/2/85, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz geändert wird.

23. April 1986  
Für den Bundesminister:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 601.587/1-V/6/86

An das  
Bundesministerium für  
Unterricht, Kunst und Sport

1010 W i e n

DRINGEND

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Lachmayer

2203

12.661/6-III/2/85  
6. März 1986

Betrifft: Novelle zum Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz;  
Stellungnahme im Begutachtungsverfahren

Der Verfassungsdienst nimmt zu dem Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz geändert wird, wie folgt Stellung:

Gemäß Art. II Abs. 1 des Gesetzentwurfes sind die Ausführungsgesetze innerhalb eines halben Jahres zu erlassen und mit 1. September 1986 in Kraft zu setzen. Die Inkrafttretensfrist liegt eindeutig unter der Sechsmonatsfrist des Art. 15 Abs. 6 B-VG. Im Sinne der Stellungnahmen des Verfassungsdienstes zur Auslegung des Art. 15 Abs. 6 B-VG (vgl. etwa die Stellungnahme vom 11. Feber 1982, GZ 601.587/1-V/6/81 zur damaligen Novelle zum Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz sowie die nunmehrige Stellungnahme zur 9. SchOG-Novelle vom 12. Feber 1986, GZ 601.687/5-V/6/85) bedarf es daher der Zustimmung des Bundesrates. Das do. Bundesministerium hat dieser Auslegung bereits in der Regierungsvorlage betreffend die 9. SchOG-Novelle (936 d.Blg.z.d.Sten.Prot.d.NR XVI. GP) Rechnung getragen und dort in den Erläuterungen (Seiten 8 und 9) festgestellt, daß zur Fristsetzung für die Ausführungsgesetze die Zustimmung des

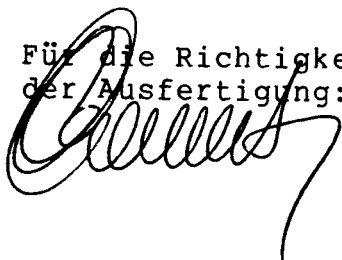
- 2 -

Bundesrates erforderlich sei. Im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum vorliegenden Gesetzentwurf fehlt jedoch eine solche Aussage. Es wird daher empfohlen, auch hier diese Feststellung aufzunehmen.

Die Stellungnahme zum gleichzeitig versendeten Entwurf einer Novelle zum Schulpflichtgesetz ergeht gesondert. Weiters werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

23. April 1986  
Für den Bundesminister:  
HOLZINGER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'G. Holzinger', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.